

## Entdifferenzierung der regionalen Schulstruktur?

Dr. Walter Bartl\*

**Die Relevanz des demografischen Wandels für regionale Schulstrukturen wird im Projekt „Gestalteter Wandel des Bildungssystems in schrumpfenden Regionen“ unter der Leitung von Prof. Dr. Reinhold Sackmann an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg untersucht. Das Projekt wird vom Land Sachsen-Anhalt gefördert. Im Folgenden werden Ergebnisse zum Sekundarschulwesen vorgestellt.**

Spätestens seit 2001, als die Ergebnisse der ersten PISA-Studie publiziert wurden, steht die gegliederte Struktur des deutschen Sekundarschulwesens deutlich in der Kritik: Gerade in Regionen mit hoch differenzierten Schulstrukturen schnitten die Schüler auffallend schlecht ab und es traten sozial besonders ungleiche Bildungschancen zutage. Befürworter integrierter Beschulung leiteten daraus Forderungen nach Reformen ab. Allerdings lehren frühere Reform Erfahrungen im deutschen Bildungswesen, dass jeder Versuch zur Einführung einer integrierten Beschulung mit erheblichem Widerstand rechnen muss. Während nach dem 2. Weltkrieg eine Vielzahl europäischer Länder auf Initiative sozialdemokratischer Regierungen ganz oder zumindest teilweise auf integrierte allgemeine Schulbildung umstellte, blieb nur eine Minderheit dem traditionellen europäischen Modell differenzierter Beschulung verhaftet, darunter auch Deutschland. Im Falle Deutschlands wird diese Reformresistenz einerseits auf den Bildungsföderalismus sowie andererseits auf den Widerstand gymnasialer Interessengruppen (vornehmlich Lehrer und Eltern) zurückgeführt.

Eine Folge der gescheiterten Ablösung des dreigliedrigen Schulsystems durch die Gesamtschule war, dass die Schulstrukturdebatte fortan stark ideologisiert ge-

führt wurde. Dabei können zwei Grundpositionen unterschieden werden: Die differenzierte Beschulung von Kindern und Jugendlichen in getrennten Bildungsgängen beruht auf der normativen Ansicht, dass (angeborene) Begabungen sich nur in einem angemessenen Kontext richtig entfalten könnten. Kritiker monieren, dass die Diagnose der vermeintlich natürlichen Begabung enorm fehleranfällig und die Selektion somit ungerecht sei. Vielmehr würden sich Begabungen häufig erst in Interaktion mit einer vielfältigen Umwelt entwickeln, deshalb seien Selektionsprozesse in der Schulkarriere möglichst spät anzusiedeln.

Unabhängig davon wird in den letzten Jahren die These vertreten, der demografische Wandel könnte zu einer stärkeren Integration des Sekundarschulwesens in Deutschland beitragen (Rösner 2008). Dauerhaft kleinere Geburtsjahrgänge könnten gewissermaßen „von unten“ allmählich bewirken, was politische Reformen „von oben“ lange nicht vermochten. Diese These soll im vorliegenden Beitrag begründet und überprüft werden. Dafür werden amtliche Daten auf Kreisebene (1995-2010) aus der Regionaldatenbank Deutschland verwendet, die die statistischen Ämter der Länder betreiben. Darin werden Schüleranteile in der 7. Jahrgangsstufe unterteilt nach fünf regulären allgemeinbildenden

Schulformen plus Waldorfschulen ausgewiesen. In die Regressionsanalysen gehen 407 Kreise und kreisfreie Städte ein, für die jeweils 16 Messzeitpunkte vorliegen.

### Veränderung der Schulstruktur durch demografischen Wandel

Die Fachliteratur geht davon aus, dass parteipolitische Positionen oder spezifische Bildungsreformen zu den wichtigsten Determinanten der Schulstruktur gehören. Eine Veränderung der Schulstruktur kann hauptsächlich per Gesetz durch eine Landesregierung eingeführt werden. Wie aber steht es um Veränderungen der Schulstruktur durch demografischen Wandel?

Kleinere Geburtsjahrgänge lassen differenzierte Schulstrukturen wirtschaftlich dann obsolet werden, wenn deren Kapazitäten dauerhaft nicht ausgelastet sind. Bei Unterschreitung der administrativ vorgeschriebenen Mindestschülerzahlen droht Schulen theoretisch die Schließung. Aufgrund allgemein steigender Bildungsaspirationen müsste dieses Problem Haupt- und Realschulen stärker betreffen als Gymnasien und Gesamtschulen. Für Schulträger könnten drohende Schließungen im dreigliedrigen Schulsystem ein Anlass sein, integrierte Schulformen anzustreben – sofern sie von der Landespolitik zugelassen werden. Demnach

\* Dr. Walter Bartl, Institut für Soziologie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale), Tel. (0345) 55 24 258, walter.bartl@soziologie.uni-halle.de

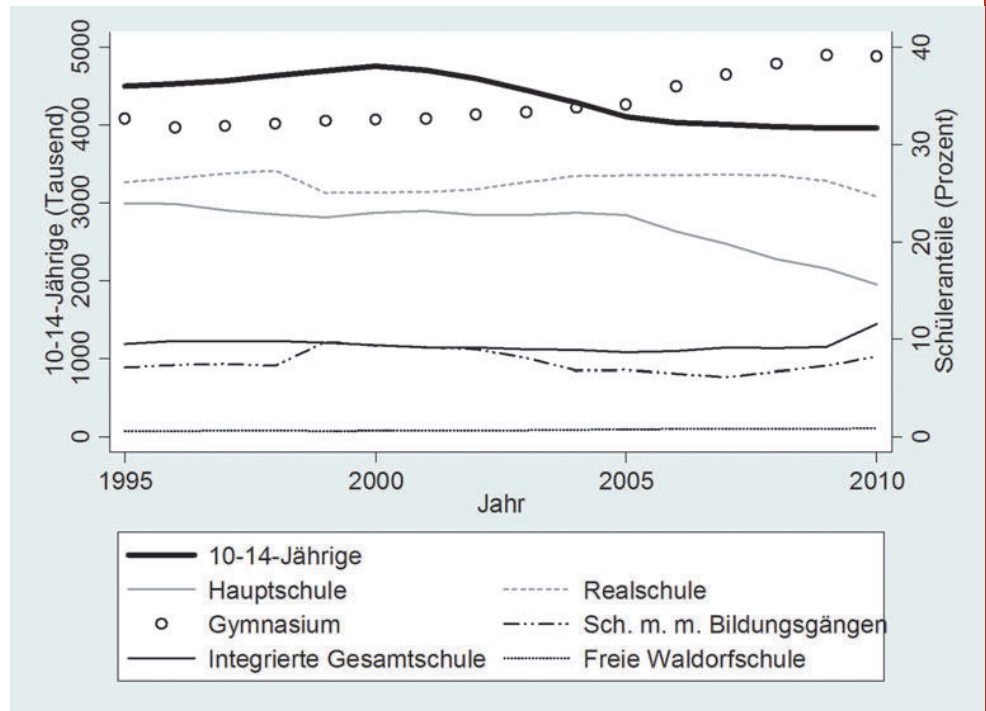
würden traditionelle bildungspolitische Argumente für integrierte Schulstrukturen bei sinkenden Jahrgangsstärken durch ökonomische Aspekte gestützt. Insgesamt spielen lokale Interessen von Schulträgern in diesem Zusammenhang eine wichtigere Rolle als parteipolitische Positionen.

**Schulformen und Verteilung der Schülerschaft über gemeinsamen Index untersucht**

Die bisherigen Überlegungen verdeutlichen, dass die Schulstruktur einer Gebietskörperschaft einerseits durch die Anzahl der rechtlich vorgesehenen Schulformen und andererseits durch die tatsächliche Nachfrage nach bestimmten Schulformen bestimmt wird. Letzteres ist deswegen wichtig, weil einzelne Schulformen formal möglicherweise zwar existieren, in der (lokalen) Realität aber praktisch bedeutungslos sind. Umgekehrt ist es denkbar, dass pädagogische Sonderformen wie etwa die Freie Waldorfschule, die formal nicht den Status einer Regelschule hat (statistisch aber dennoch gesondert ausgewiesen wird), lokal von erheblicher Bedeutung ist.

Um sowohl die Anzahl existierender Schulformen als auch die Verteilung der Schülerschaft zu erfassen, wurde ein Index der effektiven Schulformzahl gebildet, der beide Informationen vereint. Sein Wertebereich kann im vorliegenden Fall von 1 bis 6 schwanken. Das Minimum wird erreicht, wenn nur eine Schulform existiert. Das Maximum wird bei einer absoluten Gleichverteilung der Schülerschaft über alle sechs berücksichtigten Schulformen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Integrierte Gesamtschule, Schule mit mehreren Bildungsgängen, Waldorfschule) erreicht. Kleine Schüleranteile fallen dabei weniger ins Gewicht, da die An-

**Abbildung 1: Entwicklung der 10-14-Jährigen und Schüleranteile der Schulformen in der 7. Jahrgangsstufe in Deutschland**



teilswerte quadriert in den Index eingehen.

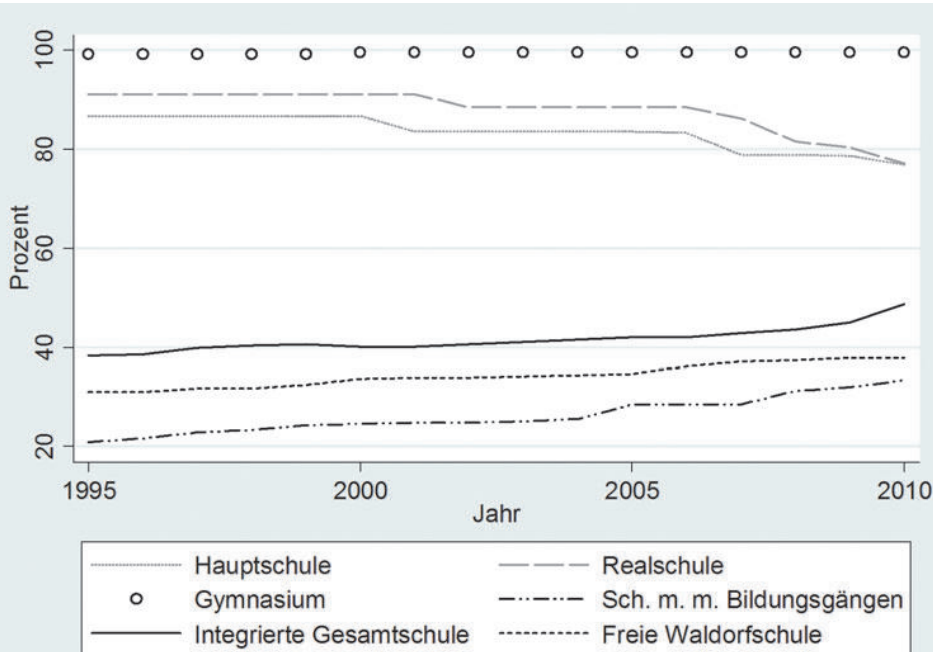
Um Veränderungen der Schulstruktur über die Zeit zu analysieren, wurden Panelregressionen durchgeführt. Dabei werden die Beobachtungen eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt nicht als unabhängig voneinander betrachtet, sondern zusammen gruppiert. Dadurch fallen nur Abweichungen vom Gruppenmittelwert und keine Unterschiede zwischen Gebietskörperschaften ins Gewicht.

**Integrative Schulformen nehmen zu**

Die für die 7. Klasse relevante Altersgruppe fällt in die Bevölkerungsstatistik der 10-14-Jährigen. Abbildung 1 zeigt, dass die Anzahl dieser Altersgruppe im Betrachtungszeitraum zunächst von 4,5 Mio. auf 4,76 Mio. im Jahr 2000 steigt und danach kontinuierlich bis auf 3,96 Mio. im Jahr 2010 sinkt.

Die Entwicklung der Schüleranteile der betrachteten Schulformen verläuft etwa bis zum Jahr 2005 relativ kontinuierlich, weist danach allerdings größere Veränderungen auf, die sich als Polarisierung zwischen Schulen mit niedrigeren und höheren Bildungsabschlüssen beschreiben lassen: Der Schüleranteil des Gymnasiums steigt deutlich an, von ca. 32 % zu Beginn des Betrachtungszeitraumes auf 39 % im Jahr 2010. Auch die integrierte Gesamtschule vergrößert ihren Schüleranteil insbesondere seit 2005 von 8,6 % auf immerhin 11,5 % im Jahr 2010. Somit konzentrieren sich im Schuljahr 2010/11 über 50 % der Schüler in der 7. Klasse in Schulformen, die zum Abitur führen. Die Hauptschule verliert hingegen massiv Schüleranteile von 24 % im Jahr 1995 auf 15,6 % im Jahr 2010. Unsteter ist die Entwicklung bei der Realschule und den Schulen für mehrere Bildungsgänge, wobei Erstere seit 2008 Schüleranteile verliert und Letztere Schüler-

Abbildung 2: Anteile der Kreise und kreisfreien Städte, in denen die jeweiligen Schulformen vorhanden sind



Quelle: Regionaldatenbank Deutschland, eigene Berechnungen

anteile gewinnen. Darin kommt offenbar eine verstärkte Integration von Haupt- und Realschulen zum Ausdruck. Der Schüleranteil der integrativ konzipierten Freien Waldorfschule ist im Betrachtungszeitraum ebenfalls von 0,6 auf 0,9 % gestiegen.

In Abbildung 2 wird deutlich, dass Gymnasium, Realschule und Hauptschule nach wie vor die Schulformen sind, die in den meisten Kreisen und kreisfreien Städten vorhanden sind. Die geringste Veränderung gab es beim Gymnasium: Diese Schulform ist im gesamten Betrachtungszeitraum in 99 % aller Untersuchungseinheiten vorhanden. Anfangs in drei, später nur in zwei Landkreisen in Nordbayern (Bamberg, Schweinfurt; Würzburg teilweise) fehlt diese Schulform.<sup>1</sup> Allerdings ist der Anteil der Kreise mit vorhandenen Hauptschulen und Realschulen zwischen 1995 und 2010 von 87 % bzw. 91 % auf

rund 77 % gesunken. Gleichzeitig ist der Anteil der Kreise, die über ein integriertes Gesamtschulangebot verfügen, von 38 % auf knapp 49 % gestiegen. Schulen mit mehreren Bildungsgängen waren 1995 nur in 21 % der Kreise vertreten, im Jahr 2010 trifft das auf 33 % zu. Der Anteil der Kreise mit mindestens einer Freien Waldorfschule ist im Betrachtungszeitraum von 30 % auf 38 % gestiegen. Insgesamt nehmen integrierte Angebotsstrukturen zu.

### Veränderung der Schulstrukturen durch Wiedervereinigung und bildungspolitische Reformen

Demnach lässt sich also von 1995 bis 2010 in beiden Dimensionen des Index der effektiven Schulformzahl eine etwas stärkere Integration des Sekundarschulwesens nachweisen. In einem weiteren Schritt wurden diese makrostrukturellen Veränderun-

gen mit Hilfe von Regressions-techniken auf der Ebene einzelner Kreise analysiert (Bartl 2012). Die Ergebnisse dieser Analysen werden nachfolgend zusammengefasst:

Die nach wie vor markanteste Veränderung der Schulstruktur in Deutschland trat mit der Wiedervereinigung auf den Plan. Die (meisten) ostdeutschen Bundesländer fassten Haupt- und Regionalschulbildungsgänge in sog. Schulen mit mehreren Bildungsgängen zusammen; Gesamtschulen wurden nicht auf einem nennenswerten Niveau eingeführt. Deshalb ist die effektive Zahl der Schulformen in Ostdeutschland durchschnittlich geringer als in Westdeutschland. Faktisch ist in den meisten ostdeutschen Kreisen und Städten ein zweigliedriges Schulsystem gegeben.

Eine weitere bedeutsame Determinante der effektiven Schulstruktur in Kreisen sind bildungspolitische Reformen. Von 1995-2010 wurden in einigen Bundesländern Reformen durchgeführt, die zwei Bildungsgänge integrieren:

- Saarland (1996) Erweiterte Realschule,
- Rheinland-Pfalz (1997) Regionalschule,
- Mecklenburg-Vorpommern (2002) Regionale Schule,
- Bremen (2004) Sekundarschule,
- Brandenburg (2005) Oberschule,
- Hamburg (2008) Integrierte Haupt- und Realschule,
- Rheinland-Pfalz (2009) Realschule plus,
- Schleswig-Holstein (2010) Regionalschule.

<sup>1</sup> Möglicherweise ist in diesen Landkreisen dennoch die Möglichkeit gegeben, eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben, da Fachoberschulen bzw. berufliche Gymnasien nicht in den verwendeten Daten vorhanden sind.

2010 schließlich führten Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein integrierte Schulformen mit drei Bildungsgängen ein. In Schleswig-Holstein wurden die eingeleiteten Reformen ausdrücklich auch mit Verweis auf die demografische Entwicklung begründet (Rösner 2008). Andere Untersuchungen zeigen, dass integrierte Schulformen gerade in dünn besiedelten Regionen attraktiv sind (Wiechmann 2011).

Erwartungsgemäß ist die politische Ausrichtung der größten Regierungspartei bedeutsam für die Differenzierung der Schulstruktur. In SPD-geführten Bundesländern ist die Differenzierung der Schulstruktur deutlich höher als in anderen. Das ist auf den ersten Blick überraschend, zumal die SPD bekanntlich für stärker integrierte Beschulung eintritt. So wurde die Gesamtschule in den 1970er Jahren besonders von westdeutschen Landesregierungen mit SPD-Beteiligung als Regelschule eingeführt. Da die Gesamtschule das dreigliedrige Schulsystem auch in diesen Bundesländern jedoch nicht ablöste, sondern lediglich ergänzte, führte dies vielerorts zu einem effektiv viergliedrigen Schulsystem. Eine andere Studie zeigt, dass in diesen Ländern der Anteil integrativ beschulter Schüler dauerhaft höher ist, weil CDU-Regierungen diese Reformen in ihrer Amtszeit meist nicht rückgängig machten (Kempkes 2009, S. 83).

### Ausländeranteil und Jahrgangsstärke haben Einfluss auf Schulformen

Die Regressionsanalysen fördern zudem einen Effekt des demografischen Wandels zutage, der häufig übersehen wird: In Gebietskörperschaften mit einem hohen Ausländeranteil unter der Schülerschaft ist die effektive Zahl der Schulformen höher. Wie

ist das zu erklären? In der ehemaligen Bundesrepublik wurden bereits seit Mitte der 1960er Jahre sinkende Geburtenziffern verzeichnet. Lange Zeit wurden diese jedoch durch Zuwanderung kompensiert. Die in den 1970er Jahren eingeführte Gesamtschule musste mit dem dreigliedrigen Schulsystem hart um (gute) Schüler konkurrieren. Einen Teil ihrer Schülerschaft fand sie unter den Kindern und Kindeskindern der aufstiegsmotivierten Gastarbeiter. Autochthone und Migranten gerieten dadurch weniger in direkte Konkurrenz um Plätze an Realschulen bzw. Gymnasien, so dass soziale Konflikte weitgehend vermieden wurden. Derartig differenzierte Schulstrukturen ermöglichen soziale Entmischung, eröffnen aber auch Nischen für soziale Mobilität. Unter diesen Bedingungen trägt Zuwanderung zu einer Stabilisierung differenzierter (viergliedriger) Schulstrukturen bei.

Schließlich zeigt sich, wie erwartet, dass die effektive Zahl der Schulformen von der Zahl der Einwohner im relevanten Alter für die betrachtete Schulstufe abhängt. Dieser Effekt ist in Westdeutschland stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland. Das liegt daran, dass die Schulstrukturen in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung insgesamt bereits stärker integriert waren als in Westdeutschland. Fehlende Schülerzahlen führen zur Schließung einzelner Schulen. Davon sind Haupt- und Realschulen stärker betroffen als Schulformen mit Abituroption. Somit tritt allmählich eine stärkere Konzentration der Schülerschaft in weiterführenden Schulformen ein und einige Gebietskörperschaften entbehren der Haupt- und Realschule als eigenständiger Schulformen bereits ganz.

### Schlussfolgerung

Insgesamt zeigen die Analysen, dass demografische Veränderungen für die Differenzierung der effektiven Schulformzahl im Betrachtungszeitraum eine statistisch signifikante Rolle spielen. Allerdings ist ihr Einfluss gegenüber anderen – vornehmlich politischen – Faktoren als begrenzt einzuschätzen. Insbesondere die Effekte integrativer Reformen dürften in den kommenden Jahren statistisch noch deutlicher sichtbar werden. Es lohnt sich dennoch, demografische Einflussfaktoren auch zukünftig im Auge zu behalten, da traditionelle politische Argumente für mehr Bildungsgerechtigkeit dadurch relativ pragmatisch „von unten“ unterstützt werden. Die vermutlich bedeutsame Rolle der Schulträger in diesem Prozess spricht für eine leichte Stärkung der Kommunen gegenüber den Ländern, muss allerdings erst noch genauer erforscht werden. ■

#### Literaturverzeichnis

Bartl, Walter (2012): *Entdifferenzierung der regionalen Schulstruktur in Deutschland durch demografischen Wandel?* Martin-Luther-Universität, Institut für Soziologie. Halle (Saale) (*Der Hallesche Graureiher*, 2012-3). Online verfügbar unter [www.sozioogie.uni-halle.de/publikationen/pdf/1203.pdf](http://www.sozioogie.uni-halle.de/publikationen/pdf/1203.pdf).

Kempkes, Gerhard (2009): *Public Education Spending in the German Länder. Adjustment to Demographic Shocks, Politics, and Cost Efficiency.* Dissertation. Technische Universität Dresden, Fakultät Wirtschaftswissenschaften. Online verfügbar unter [www.qucosa.de/fileadmin/data/qucosa/documents/2656/Diss-KEMPKES-Jan2010.pdf](http://www.qucosa.de/fileadmin/data/qucosa/documents/2656/Diss-KEMPKES-Jan2010.pdf).

Rösner, Ernst (2008): *Die Einführung von Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein +65stein. Veränderungen der Schulstruktur als Konsequenz demografischer und gesellschaftlicher Entwicklungen.* Münster: Waxmann.

Wiechmann, Jürgen (2011): *Vollständiger Systemwandel in Schleswig-Holstein.* In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 14 (1), S. 119-139.

## Expansion des Privatschulensektors im letzten Jahrzehnt

Stefan Kühne\*

Im Lichte der Privatisierungstendenzen in vielen Aufgabenbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge wurde in den letzten Jahren auch der Privatschulensektor verstärkt zum Gegenstand öffentlicher Debatten. Der vorliegende Beitrag<sup>1</sup> zeichnet datengestützt ein aktuelles Bild der deutschen Privatschullandschaft. Im Mittelpunkt steht die regional unterschiedlich verlaufende Entwicklung des Verhältnisses von öffentlichen und privaten Schulstandorten im vergangenen Jahrzehnt.

Schlagzeilen wie „Privatschulen: Flucht in die Nische“ zeugen davon, dass eine Kommerzialisierung und eine damit einhergehende, zunehmende Segregation nach sozialem Hintergrund der Schülerinnen und Schüler befürchtet wird. In der Tat legt die Entwicklung seit der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie nahe, das wachsende Interesse an privaten Schulen mit den sozialen und ethnischen Unterschieden der Schülerschaft und spezifischen Ansprüchen der Elternschaft an die Leistungen des Schulsystems in Verbindung zu bringen.

### Fast jede zehnte allgemeinbildende Schule in freier Trägerschaft

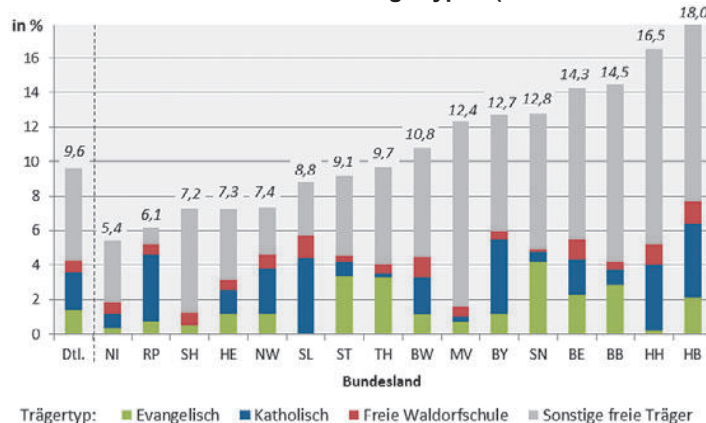
Inzwischen befindet sich knapp jede zehnte allgemeinbildende Schule in freier Trägerschaft<sup>2</sup>. Im Ländervergleich reichte die Spannweite des Privatschulanteils 2010 von 5 % in Niedersachsen bis zu 18 % in Bremen (s. Abb. 1).

Als freie Schulträger sind in erster Linie die kirchlichen Organisationen zu nennen. Sie erheben allenfalls geringes Schulgeld und bezuschussen ihre Schulen aus eigenen Mitteln, wenn auch der Staat – wie bei allen Ersatzschulen – den größten Anteil der Finanzierung übernimmt. Bundesweit befinden sich 23 % der Privatschulen in katholischer und 14,5 % in evangelischer Trägerschaft. Mit 8 % stellt auch der Bund der Freien Waldorfschulen ein quantitativ bedeutsames Schulangebot. Die übrigen freien Träger bilden ein sehr heterogenes Spektrum an Personenvereinigungen, Verbänden, Stiftungen oder Einzelpersonen. Auch hier überwiegen deutlich die gemeinnützigen Träger, kommerziell orientierte Kapitalgesellschaften finden sich nach wie vor nur vereinzelt.

### Starke Expansion bei privaten Grundschulen

Im letzten Jahrzehnt ist eine besondere Dynamik im Privatschulensektor festzustellen: Während von den insgesamt 40 121 öffentlichen Schulen 1998 im Jahr 2010 nur noch 31 113 Einrichtungen bestanden, hat sich die Zahl der Privatschulen von 2 206 auf 3 373 Einrichtungen erhöht. Trotz des verfassungsmäßigen Vorrangs der öffentlichen Grundschule (Art. 7 Abs. 5 GG) lag gerade im Primarbereich ein Schwerpunkt dieser Expansion. Dies gilt es vor dem Hintergrund des demografisch bedingten Schülerzahlenrückgangs zu betrachten. Vergleicht man die Kreise in Deutschland nach der Entwicklung ihrer unter 18-jährigen Bevölkerung seit 1998, zeichnen sich unterschiedliche Entwicklungstendenzen ab: In den Regionen, welche die größten Bevölkerungsverluste verkraften mussten, fanden besonders viele Neugründungen privater Grundschulen statt. In jedem zweiten Kreis wurde hier das erste Grundschulangebot in freier Trägerschaft errichtet. Der Großteil fällt unter den Regionstyp ländlicher Raum oder ländliches Umland. Bei den Kreisen mit moderaterem Bevölkerungsrückgang (10 - 20 % Verluste), die überwiegend dem verdichteten Umland zuzuordnen sind, gab es nur halb so viele Erstgründungen privater Grundschulen. Mit

Abbildung 1: Anteil allgemeinbildender Schulen in freier Trägerschaft 2010 nach Ländern und Trägertypen (in % aller Schulen\*)



\* Standorte, an denen mehrere Schularten als schulische Organisationseinheit zusammengefasst sind (z. B. Grund- und Hauptschule), werden als sog. schulart-spezifische Einrichtungen mehrfach gezählt.

Datenquelle: Schulverzeichnisse 2010, eigene Berechnungen

\* Stefan Kühne, Erziehungswissenschaftler M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Nationale Bildungsberichterstattung“ am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Berlin, kuehne@dipf.de

<sup>1</sup> Der Beitrag basiert auf einer umfangreicheren Untersuchung, die in der „Zeitschrift DDS – Die Deutsche Schule“ publiziert wurde: S. Kühne/Kann C. (2012): „Private (Grund-)Schulen als blinder Fleck der öffentlichen Daseinsvorsorge?“ In: DDS – Die Deutsche Schule, 104. Jahrgang, Heft 3, S. 256-278.

<sup>2</sup> In Abgrenzung zu Schulen in öffentlicher Trägerschaft werden die Begriffe „Privatschule“ und „Schule in freier Trägerschaft“ synonym verwendet.

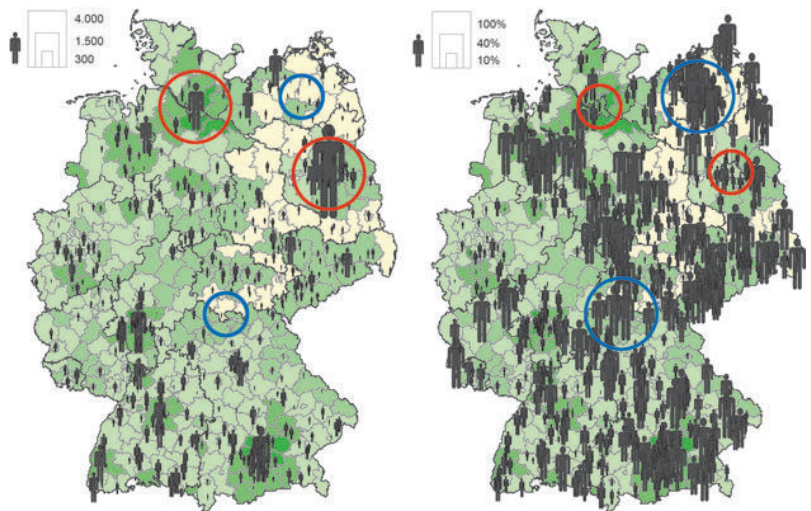
37 % gibt es hier auch noch die meisten Regionen ohne private Grundschule. Im Vergleich dazu trifft dies auf lediglich 17 % jener Kreise mit dem geringsten Bevölkerungsrückgang (bis zu 10 % Verluste, größtenteils Kernstädte) zu.

Während allerdings in Ballungszentren nicht nur die Standortdichte der freien, sondern auch der öffentlichen Schulen überdurchschnittlich hoch ist, wurden in den dünn besiedelten Regionen so viele öffentliche Schulen geschlossen, dass die Privatschulexpansion größere Auswirkungen hat: Stellt man die absolute Schülerzahl in privaten Grundschulen dem relativen Anteil an allen Schülerinnen und Schülern gegenüber, so ergeben sich deutliche Verschiebungen in der Privatschullandschaft (s. Abb. 2). So fallen zwar die absoluten Zahlen vor allem in Gebieten mit hohen Bevölkerungsverlusten am niedrigsten aus, doch gilt dies nicht für den Schüleranteil. Bei diesem Parameter weisen jene Gemeinden, in denen die Zahl der unter 18-Jährigen seit 1998 stark gesunken ist, in der Regel höhere Werte auf als benachbarte Gebiete mit moderater demografischer Entwicklung. Inzwischen gibt es Regionen, in denen private Einrichtungen sogar das einzige Primarschulangebot vor Ort bieten. Diese insgesamt 53 Gemeinden liegen in ost- wie westdeutschen Bundesländern. Betroffen ist zudem nicht nur der ländliche Raum (21), sondern auch das ländliche (23) oder verdichtete Umland (9) außerhalb der Kernstädte. Vertiefende Analysen zeigen allerdings, dass nicht alle Kinder diese wohnortnahen privaten Schulangebote nutzen. Viele Eltern und Kinder nehmen längere Schulwege in Kauf, indem sie zu einer öffentlichen Grundschule in benachbarten Gemeinden pendeln.

**Privatschulen im ländlichen Raum als Ersatz öffentlicher Schulen?**

Die aufgezeigten Entwicklungen verweisen darauf, dass sich insbesondere im ländlichen Raum das Verhältnis öffentlicher und privater Schulstandorte im letzten Jahrzehnt deutlich gewandelt hat. Hinsichtlich des im Grundgesetz eingeräumten Vorrangs öffentlicher gegenüber privaten Grundschulen hatten die Verfassungsgeber eine ausreichende Zahl öffentlicher Schulen als Selbstverständlichkeit betrachtet. In Ostdeutschland ist aber das öffentliche Angebot seit 1998 aufgrund von Schulschließungen und -zusammenlegungen auf 57 % des Schulbestands im Jahr 1998 geschrumpft. Zur gleichen Zeit verzeichnete der Privatschulsektor einen Zuwachs von fast 200 %; bei den privaten Grundschulen waren es 360 %.

**Abbildung 2: Schülerzahl und -anteil in privaten Grundschulen 2010 je Gemeinde nach demografischer Entwicklung**



Demografische Entwicklung 1998-2010 (Bevölkerung unter 18 Jahren)  
 ■ Anstieg ■ Rückgang bis 10% ■ Rückgang um 10 bis 20%  
 ■ Rückgang um 20 bis 40% ■ Rückgang um mehr als 40%

Datenquelle: Schulverzeichnisse 2010, eigene Berechnungen

Vertiefende Analysen deuten darauf hin, dass Privatschulgründungen in ländlichen Gebieten vornehmlich eine Ersatzfunktion für ehemalige öffentliche Schulstandorte erfüllen. Wo öffentliche Einrichtungen nicht aufrechterhalten werden konnten, scheint vor allem bürgerschaftliches Engagement für die Privatschulgründung den Ausschlag gegeben zu haben. Doch die kommunalen Interessenlagen am Angebot einer wohnortnahen Schule stehen in einem Zielkonflikt mit einer systematischen, (über-)regionalen Schulentwicklungsplanung und Qualitätssicherung. Eine von der Landesregierung Brandenburg beauftragte Kommission kam etwa zu dem Schluss, dass die erforderliche Qualität schulischer Bildung an einzügigen Schulen in der Sekundarstufe I kaum erfüllt werden könne. Insofern scheint es problematisch, wenn die für einen öffentlichen Schulstandort geltenden Anforderungen an die Mindestschülerzahl von einer Privatschule nicht erfüllt werden müssen. Hinzu kommt, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler ein wohnortnahes Privatschulangebot wahrnehmen wollen oder können; viele pendeln stattdessen in Nachbargemeinden. Ob dies noch einem bedarfsgerechten Angebot entspricht, sei dahingestellt. Hier stellt sich nachdrücklich die Frage nach geeigneten schulplanerischen Maßnahmen, die es dem Staat – auch bei drastischem Schülerzahlenrückgang – ermöglichen, im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge seiner Verantwortung für die Sicherstellung einer infrastrukturellen Mindestversorgung öffentlicher Bildungseinrichtungen nachzukommen. ■

## Vorsorgen für die nächste Generation?

# Schulen in alternden Gemeinden

Dr. Annett Steinführer\*

**In ländlichen Räumen dient der demografische Wandel gern als Rechtfertigung für die Verkleinerung, Verlagerung oder Schließung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen. Doch geht dabei oft unter, dass es weitere gesellschaftliche Veränderungen gibt, die trotz sinkender Nachfrage zu neuen Anforderungen an das Vorhandensein und die Qualität von Einrichtungen führen. Ein Beispiel dafür ist der Schulbereich.**

Grund- und weiterführende Schulen gehören aus Sicht der Bevölkerung, insbesondere von Familien, zu den wesentlichen Attraktivitätsfaktoren eines Raumes. Zugleich steigt (in Westdeutschland) seit Jahren die Erwerbsbeteiligung von Frauen und damit die Nachfrage nach Ganztagsangeboten für Kinder unterschiedlicher Altersgruppen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 25, 79). Doch wenn sich demografischer Wandel vor Ort als Alterung und Bevölkerungsrückgang niederschlägt und noch dazu die kommunale Haushaltslage angespannt ist, liegt es nahe, dass dort gespart wird, wo die Nachfrage besonders stark zurückgeht – also auch und gerade bei den Schulen. Können betroffene Gemeinden und Landkreise also nur defensiv reagieren? Wie ist der Spagat zwischen der Anpassung heutiger Strukturen und der Schaffung von Zukunftsfähigkeit zu bewältigen?

### Untersuchung im Ost- und Westharz: langfristige Ausdünnung der Schullandschaft

Im Rahmen einer Untersuchung zur Gestaltung der Daseinsvorsorge im Harz (Steinführer u. a. 2012)

wurde auch der Bereich allgemeinbildende Schulen untersucht. Die Entscheidung für den Harz fiel aufgrund seiner ausgeprägten Alterung: 2008 war der Westharz die ländliche Region in Deutschland mit dem höchsten Anteil an Hochbetagten (75 Jahre und älter). Zwei Grundzentren (Bad Sachsa in Niedersachsen und Harzgerode in Sachsen-Anhalt) standen im Mittelpunkt der Untersuchung. Beide haben jeweils ca. 8 000 Einwohner und gliedern sich in eine Kernstadt mit mehreren dörflichen Ortsteilen. 2011 und 2012 wurden in den Gemeinden und Landkreisen 38 leitfadengestützte Interviews mit 48 Schlüsselpersonen aus Verwaltung, Politik und Vereinen durchgeführt und im Hinblick auf die Bewertung der infrastrukturellen Versorgung und die angewendeten Anpassungsstrategien ausgewertet. Außerdem wurden auf lokaler und regionaler Ebene die Daseinsvorsorgeausstattung und Bevölkerungsentwicklung untersucht.

In beiden Gemeinden und Landkreisen gelten Schulen als zentrale Einrichtungen, denen aus politischer Perspektive große Bedeutung beigegeben wird. Im West- und im Ostharz wurden in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Schulen im Nahbereich geschlossen – in Bad Sachsa im Zuge der letzten Gemeindegebietsreform 1972, in Harzgerode radikaler und schneller seit den 1990er Jahren. Die Ausstattung ist im Ergebnis sehr unterschiedlich: In Bad Sachsa existiert ein komplettes Schulanangebot mit einer Grund- und einer Oberschule sowie einem Privatgymnasium, wohingegen in Harzgerode (auf einer allerdings fünffach größeren Gemeindefläche) nur eine Grund- und eine Sekundarschule vorgehalten werden. Von dem Konzentrationsprozess im Bereich der allgemeinbildenden Schulen profitierten jeweils die Kernstädte, wohingegen die dörflichen Ortsteile alle eigenen Schulstandorte schrittweise verloren.



Bad Sachsa: Modernisierungsmaßnahmen sollen das Lernumfeld verbessern und Schulstandorte sichern.

\* Dr. Annett Steinführer, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Braunschweig, Tel. (0531) 596 52 25, annett.steinfuehrer@vti.bund.de

## Behördliche und private Bemühungen gegen weitere Schulschließungen

Dieser Zentralisierungs- und Ausdünnungsstrategie entgegen steht eine andere, die „Halten“ genannt werden kann. In beiden Landkreisen gibt es auf Verwaltungsebene Bemühungen zur Sicherung der noch bestehenden Schulstandorte etwa durch mögliche (aber nicht immer erteilte) Ausnahmegenehmigungen des Landes bei Unterschreiten der Mindestschülerzahlen (Ostharz) oder aber durch „Laufenlassen“ ohne Intervention des Landes (Westharz). Doch nicht nur Verwaltungen und politische Gremien handeln: Schulen suchen sich externe Kooperationspartner, um den Übergang zwischen Schule und Lehre besser zu gestalten oder um Schulstandorte durch Zusammenarbeit mit externen Partnern vor Ort unverzichtbar erscheinen zu lassen. Bauliche Erneuerungen verbessern das schulische Lernumfeld. Eltern, Schüler und Lehrer engagieren sich durch die Gründung von Fördervereinen, um weitere Schließungen, Verlagerungen oder Verkleinerungen von Einrichtungen zu verhindern.

In ihren grundsätzlichen Anpassungsstrategien unterscheiden sich Ost- und Westharz nicht. Doch verändert sich die lokale Erfahrung von Schule auf verschiedene Weise: Im niedersächsischen Fallbeispiel erleben die politisch Verantwortlichen gegenwärtig einen starken Bedeutungszuwachs von Schule, den eine Interviewpartnerin wie folgt zusammenfasste: *„Früher war's 'ne Schule, und man ist hingegangen, und heutzutage muss man Angebote machen, es ist irre. [...] Schule war'n Selbstläufer und Schule ist kein Selbstläufer mehr.“* War Schule auf sachsen-anhaltischer Seite schon zu DDR-Zeiten nicht nur Ort von Wissens- und Kompetenzvermittlung, sondern zugleich Sozialisationsinstanz und Freizeitort, so ist dies im Westharz eine neue Entwicklung. Die stark gestiegene Nachfrage nach Ganztagschulplätzen ist dabei auch ein Ergebnis des Ausbaus der vorschulischen Kinderbetreuung: Wie in einem Dominoeffekt erwarten Eltern Mittagsversorgung und nachmittägliche Betreuung, wenn sie dies über Jahre im Kindergarten bereits erlebten. Im konkreten Fall spielt darüber hinaus die Nähe zu Thüringen und dortigen Betreuungsangeboten eine Rolle, entscheiden sich manche Eltern doch für die besseren Alternativen dort.

Im Ostharz ist die Radikalität der Ausdünnung der Schullandschaft in weniger als zwei Jahrzehnten nicht verwunden. *„Wenn die Schule vor Ort ist“, so ein Interviewpartner, „ist auch das ganze gesellschaftliche Leben ja ein bisschen ein anderes.“*



Foto: A. Tautz

Königerode, Ortsteil von Harzgerode: Bauliche Hinterlassenschaften aufgegebener Schulen stellen für dörfliche Ortsteile eine große Belastung dar.

Vor allem besteht die Befürchtung, dass der Konzentrationsprozess weitergeht. Denn nach der Schließung des örtlichen Gymnasiums 2005 ist auch die einzige weiterführende Schule Harzgerodes nicht dauerhaft gesichert, sondern besteht aufgrund einer Ausnahmegenehmigung vorläufig bis 2014. Noch eine Schließung erscheint vor Ort unvorstellbar. Mit zahlreichen Initiativen versuchen Lokalpolitik, Elternschaft und Schule deshalb, den Sekundarschulstandort zu erhalten.

Schülerrückgang ist im Zusammenspiel mit Haushaltslöchern ein wesentlicher Faktor für die langjährige Ausdünnung der Schullandschaft. Doch steigende Betreuungsnachfrage, mangelnder Rückhalt für weitere Schulschließungen vor Ort und Grenzen der Zumutbarkeit von Schulwegen machen defensive Konzentrationsstrategien in ländlichen Räumen nur bis zu einem gewissen Punkt möglich. Jenseits dessen muss die Qualität von Schule, auch über den unmittelbaren Bildungsauftrag hinaus, verbessert werden, um für die nächste Generation vor Ort zukunftsfähige Strukturen immer wieder neu zu schaffen – gerade in alternden Gemeinden. ■

### Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): *Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf.* Bielefeld: Bertelsmann.

Steinführer, Annett; Küpper, Patrick; Tautz, Alexandra (2012; im Druck): *Strategien der Daseinsvorsorge unter den Bedingungen von Alterung und Bevölkerungsrückgang: Fallstudien im Harz.* Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut (Landbau-forschung; Sonderheft 367).

## Schule ist ein wichtiger Standortfaktor

**Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, über die Vorzüge der Sekundarschule, das Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ und die Bedeutung von Bildungseinrichtungen für die Entwicklung ländlicher Räume.**

*Zum aktuellen Schuljahr 2012/2013 sind in NRW erstmals die neu gegründeten Sekundarschulen an den Start gegangen. Welche Erwartungen haben Sie an die Sekundarschulen?*

**Löhrmann:** Die Sekundarschule ist eine Schule der Zukunft. Ihr Grundstein wurde gelegt mit dem Schulkonsens, auf den sich letzten Sommer die Parteien CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN geeinigt haben. Damit haben wir einen jahrzehntelangen Streit beendet.

Die Sekundarschule ist eine Schule des längeren gemeinsamen Lernens. Sie hält die Bildungswege länger offen, was dem Wunsch vieler Eltern entspricht und Druck von den Schülerinnen und Schülern nimmt. Sekundarschulen geben allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen und werden allen Talenten gerecht. Sie sind eine Antwort auf die bildungspolitischen Herausforderungen, vor denen Schulen und Kommunen heute stehen.

*Wie sind die bisherigen Erfahrungen?*

**Löhrmann:** Bei meinen Schulbesuchen habe ich vor Ort eine große Aufbruchstimmung aller Beteiligten erlebt.

*Bietet die Sekundarschule Vorteile für ländliche Standorte?*

**Löhrmann:** Die demografische Entwicklung und damit die sinkenden Schülerzahlen machen sich besonders auf dem Land bemerkbar. Die Sekundarschule bietet den Kommunen die Möglichkeit, ein umfassendes und wohnortnahes Schulangebot zu sichern. Das ist wichtig für die örtliche Wirtschaft und für die Familien. Die Kommunen ergreifen diese Chance gerne und haben sich rege auf den Weg gemacht, das Schulangebot zukunftsgerecht zu gestalten. Die Sekundarschule umfasst die Jahrgänge fünf bis zehn. Schülerinnen und Schüler werden dort sowohl auf eine berufliche Ausbildung als auch auf die Hochschulreife vorbereitet.

*Die Sekundarschule stellt besondere Anforderungen an die Lehrkräfte. Wie werden die Lehrer darauf vorbereitet?*

**Löhrmann:** Wir haben in allen Regierungsbezirken regionale Kompetenzteams, die für die Fortbildung zuständig sind und den Schulen als Ansprechpartner dienen. Zugeschnitten auf die neuen Sekundarschulen gab es bereits Fortbildungsangebote zu Themen wie Gemeinsamer Unterricht, kooperative Lernformen und Leistungsbewertung in heterogenen Lerngruppen. Die Fortbildungen werden dem jeweiligen Bedarf entsprechend auch im aktuellen Schuljahr fortgesetzt. Zusätzlich gibt es für Schulleiterinnen und Schulleiter supervisorische Unterstützungen. Für eine nachhaltige Begleitung der Lehrkräfte an Sekundarschulen stehen in den Kompetenzteams zudem Schulentwicklungsberaterinnen und -berater zur Verfügung.

*Die Bevölkerungsentwicklung stellt die schulische Ausbildung in den besonders betroffenen strukturschwachen Gebieten vor große Herausforderungen. Wie reagiert die Landesregierung auf den demografischen Wandel und den Rückgang der Schülerzahlen vor allem in ländlichen Räumen?*

**Löhrmann:** Die Frage des demografischen Wandels war nicht nur einer der leitenden Gedanken bei der Errichtung der Sekundarschulen, sondern auch bei der jüngsten Schulrechtsänderung zur Sicherung eines qualitativ hochwertigen und wohnungsnahen Grundschulangebots. Die neuen Regelungen für Grundschulen tragen dem Prinzip „Kurze Beine – Kurze Wege“ Rechnung. So wird künftig die einzige Grundschule einer Gemeinde besonderen Schutz erhalten, was gerade für den ländlichen Raum von Bedeutung ist. Schulen, die unter die neue Mindestgröße von 92 Schülerinnen und Schülern fallen, können als Teilstandort mit einer Mindestgröße von 46 Schülerinnen und Schülern weiter geführt werden. Zudem werden die Klassengrößen schrittweise abgesenkt. Allein in dieses Konzept investieren wir 1 700 Lehrerstellen.

*Wie beurteilen Sie die Chancen für eine Renaissance der alten Dorfschule?*

**Löhrmann:** Aus der Perspektive heutiger Schulentwicklungsplanung und pädagogischer Konzepte ist eine Rückkehr zu einer Dorfschule, wie es sie früher gab, nicht denkbar. Mit unserem neuen Grundschulgesetz können aber viele kleine Grundschulstandorte erhalten bleiben. Oberste Priorität



Sylvia Löhrmann ist seit dem 15. Juli 2010 Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes NRW sowie stellvertretende Ministerpräsidentin. Von 1998 bis 2000 war die 55-jährige Lehrerin Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im NRW-Parlament, seit November 1999 auch Fraktionssprecherin. Von 2000 bis 2010 hatte sie den Vorsitz der Landtagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN inne.

hat dabei allerdings immer, dass die Qualität des Bildungsangebots nicht auf der Strecke bleibt. Dorfschulen waren häufig Kristallisationspunkte des Ortslebens, das war ein positiver Aspekt. Das kann in manchen Regionen auch für die heutigen Grundschulen gelten. In ihnen spiegelt sich ein funktionierendes Dorfleben.

*Wird die Landesregierung die gegenwärtigen Schulstandorte trotz rückläufiger Schülerzahlen in vielen Regionen erhalten?*

**Löhrmann:** Auf Landesebene wird durch Schulgesetzgebung der Rahmen abgesteckt, insofern schließt die Landesregierung keine Schulen. Schulentwicklungsplanung ist seit Jahren die Aufgabe der Kommunen als Schulträger. Sie entscheiden darüber, wie das kommunale Schulangebot vor Ort aussieht. Um den Bedarf zu ermitteln, werden Elternbefragungen durchgeführt. Das Land gibt den gesetzlichen Rahmen vor, in dem sich die Kommunen bewegen können, und natürlich führt der demografische Wandel zu Anpassungen. Die konkrete Entscheidung, ob und welcher Schulstandort ggf. geschlossen wird oder erhalten bleibt, oder welche Schulen zusammengeführt werden, wird vor Ort getroffen.

*Welche Alternativen zu Schulschließungen gibt es?*

**Löhrmann:** Wenn Schulen auslaufen, ist das Ausdruck zurückgehender Schülerzahlen und auch des Elternwillens. Ich betone noch einmal: Von Landeseite schließen wir keine Schulen und schaffen auch keine Schulformen ab. Die Gründung von Sekundarschulen ist Ergebnis der kommunalen Schulentwicklungsplanung auf Grundlage von Elternbefragungen. Dort, wo Sekundarschulen gewünscht und dann errichtet wurden, laufen in der Regel Real- und Hauptschulen aus. An anderen Standorten wurden neue Gesamtschulen, ebenfalls eine Schulform des längeren

gemeinsamen Lernens, gegründet. Zum aktuellen Schuljahr haben 20 neue Gesamtschulen ihre Türen geöffnet.

*Welche Bedeutung messen Sie schulischen Einrichtungen für die Entwicklung von Kommunen und Regionen bei?*

**Löhrmann:** Schulen sind für die Gemeinden und Städte ein wichtiger Standortfaktor. Für junge Familien kommt es beispielsweise ganz entscheidend darauf an, dass es in unmittelbarer Nähe eine Grundschule gibt. Als Landesregierung haben wir dies im Blick. Das Schulgesetz bietet den Kommunen die Möglichkeit, kleine Grundschulstandorte zu erhalten. Wir müssen aber gleichzeitig auch den Qualitätsaspekt und die Kostenfrage bedenken. Wenn eine Schule eine bestimmte Mindestgröße unterschreitet, geht das zu Lasten der Unterrichtsqualität und die Kosten steigen unverhältnismäßig. In NRW haben wir einen guten Kompromiss gefunden, der Wohnungsnähe, Qualität und Kosten gleichermaßen berücksichtigt.

*Ländliche Regionen sind in der Regel weniger attraktiv für junge Lehrerinnen und Lehrer als Städte. Was tun Sie, um junge und motivierte Lehrer und Lehrerinnen für Schulen auf dem Lande zu gewinnen?*

**Löhrmann:** Seit zwei Jahren können Schulen in ländlichen Regionen bei der Lehrereinstellung an einem vorgezogenen Listenverfahren teilnehmen. Das verbessert ihre Chancen. Dieses Angebot wird gut angenommen und hat sich als erfolgreich erwiesen.

*Schüler aus städtischen und ländlichen Gebieten haben oftmals ungleiche Voraussetzungen, nicht zuletzt, weil das schulische und außerschulische Bildungsangebot in Städten größer ist. Teilen Sie die Einschätzung?*

**Löhrmann:** Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges Land. Die verschiedenen Landesteile und Regionen zeichnen sich durch ihre je eigenen Stärken und Besonderheiten aus. Ebenso vielfältig sind unsere Schulen. Wir regen die Schulen an, ihre eigenen Profile zu bilden und Schwerpunkte zu setzen. Dessen ungeachtet gilt aber: In ganz Nordrhein-Westfalen wird nach den gleichen Lehrplänen und Richtlinien unterrichtet und gelernt. Die Standards z. B. für die zentralen Abschlussprüfungen sind überall die gleichen. So sichern wir die Gleichwertigkeit der Abschlüsse.

*In Teilen des Bundesgebiets erleben Privatschulen einen Aufschwung. Wie ist die Situation in Nordrhein-Westfalen?*

**Löhrmann:** Der Anstieg der Zahl der Privatschulen fällt geringer aus, als die öffentliche und mediale Beachtung vermuten lässt. 2005 besuchten 7 % der Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen eine private Ersatzschule, 2011 waren es 0,87 % mehr.

*Wie bewerten Sie die Initiativen?*

**Löhrmann:** Die Landesregierung legt Wert auf Vielfalt im Schulsystem. Schulen in privater Trägerschaft sind Bestandteil des öffentlichen Schulwesens, sie ergänzen und bereichern es. Sie können Impulsgeber für die Schulentwicklung sein. Das Grundgesetz und die Landesverfassung gewährleisten das Recht zur Errichtung privater Schulen. Entscheidend ist, dass auch die Privatschulen ihren Beitrag zu mehr Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Inklusion leisten.

*Unternehmen in ländlichen Räumen klagen über den zunehmenden Fachkräftemangel und wachsende Schwierigkeiten, junge Leute zu gewinnen. Kann Schule helfen?*

**Löhrmann:** Die Schulen in NRW nehmen in allen Landesteilen die Aufgabe sehr ernst, Schülerinnen und Schüler zu guten Abschlüssen zu führen und sie auf den Übergang in ein Studium oder einen Beruf vorzubereiten. In diesem Schuljahr haben wir gemeinsam mit dem Arbeitsministerium den Startschuss für ein neues umfassendes Übergangssystem gegeben. Ziel ist, die Jugendliche durch Berufs- und Studienorientierung ab der achten Klasse gut auf den Übergang in eine Berufsausbildung oder ein Studium vorzubereiten. Unsere Devise ist: „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Wir setzen dabei auf die Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft und den Kommunen, um Jugendlichen Praktika und Berufsfelderkundungen zu ermöglichen.

*Wie stehen Sie zu der Forderung, mit der Ansiedlung und Förderung von Bildungseinrichtungen gezielt Regionalpolitik zu betreiben?*

**Löhrmann:** Auch hier gilt: Eine gute Bildungsinfrastruktur ist ein nicht zu verkennender Standortfaktor, der zur Attraktivität von Kommunen beiträgt. Die Landesregierung hat den Kommunen die Möglichkeit geschaffen, ihre Bildungslandschaft zukunftsorientiert und nachhaltig zu gestalten. Wenn

es beispielsweise darum geht, Forschungs- und Innovationsstandorte zu etablieren, sind gute Schulen für Fachkräfte und ihre Familien ein wichtiger Grund, sich für einen Ort zu entscheiden.

Darüber hinaus fördern wir mit den regionalen Bildungsnetzwerken die systematische Zusammenarbeit von Land, Kommune und Zivilgesellschaft. In Nordrhein-Westfalen bestehen in nahezu allen Kreisen und kreisfreien Städten solche regionalen Bildungsnetzwerke.

*Sie sind auch Ministerin für Weiterbildung. Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine Verknüpfung von schulischer Bildung und Weiterbildung?*

**Löhrmann:** Weiterbildung ist eine wichtige Aufgabe zur Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten und sozialer Gerechtigkeit. Im Prozess des lebensbegleitenden Lernens kommt der Zusammenarbeit von Schule und Weiterbildungseinrichtungen eine wichtige Bedeutung zu. Von den ca. 450 gemeinwohlorientierten Weiterbildungseinrichtungen haben viele bereits langjährige Erfahrungen in der Zusammenarbeit. Unter dem Motto „Weiterbildung geht zur Schule“ unterstützen wir aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Kooperationen zwischen Schulen und Weiterbildungseinrichtungen vor Ort. Gerade im offenen Ganztage, bei der Elternarbeit und beim Übergang von der Schule in den Beruf öffnen sich die Schulen für Angebote von Weiterbildungseinrichtungen und profitieren auch in anderen Bereichen von der Zusammenarbeit. Um diese Bildungspartnerschaften weiter zu stärken, haben wir uns zudem eine stärkere Einbindung von Weiterbildungseinrichtungen in die regionalen Bildungsnetzwerke vorgenommen.

*Wie stehen Sie zu der Idee, Schulen als „Multi-funktionshäuser“ anzulegen?*

**Löhrmann:** Schule ist Lern- und Lebensraum zugleich. Wir unterstützen die Öffnung von Schulen. Gerade in Schulen mit Ganztagsangeboten erweitern sich die Kooperationen mit außerschulischen Partnern, z. B. Sportvereinen oder Musikschulen, aber auch der Wirtschaft, als fruchtbar.

Eine Chance könnte auch sein, ähnlich wie in einem Stadtteiltreff, unter einem Dach Schule, Jugendeinrichtungen, kulturelle Angebote und Beratungsstellen für Familien zu vereinen. Ein solches Haus für alle wäre dann auch generationenübergreifend und inklusiv. Das könnte ich mir gut vorstellen. ■ Rainer Münch

## Der ländliche Raum braucht staatliche Verantwortung für die Bildung – wider eine Kommunalisierung von Lehrern

Meinhard Abel\*

**Bund, Länder und Gemeinden investieren sehr viel Geld in Bildung und Erziehung. Die hohen Investitionen führen bisher nicht zu zufriedenstellenden Ergebnissen. Nicht zuletzt zeigen die nationalen und internationalen Schuluntersuchungen, dass die Qualität des Schulunterrichts in Deutschland grundlegend verbessert werden muss. Ein ungelöstes Problem stellt zusätzlich das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land dar. Lange Schulwege und fehlende Bildungsangebote benachteiligen viele Schülerinnen und Schüler in den Städten und Gemeinden in der Fläche. Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Kommunen konnte bisher nicht erreicht werden.**

### Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die Ursachen der oft beklagten Misere im Bildungssystem sind vielfältig. Die Versäumnisse liegen nicht nur in der Schule. Bildung und Erziehung beginnen mit der Geburt unserer Kinder. Verantwortung für Bildung und Erziehung trägt unsere Gesellschaft insgesamt; jede Bürgerin und jeder Bürger kann durch sein Verhalten seinen Teil dazu beitragen, dass Deutschland wieder zur Weltspitze in der Bildung zählen kann. Lebenslanges Lernen und lebenslange Erziehung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Die Schule bildet hier ein wichtiges Glied einer langen Kette, in einem langen Prozess von Lehren und Lernen.

### Mehr Eigenverantwortung für Schulen

Die Mängel im Bildungssystem haben in den letzten Jahren vielerorts die Schullandschaft heftig in Bewegung gesetzt. Eltern, Lehrer und Schüler, Schulen und Schulträger wurden mit einer großen Zahl von Neuerungen konfrontiert, über deren Erfolg sich erst nach einem längeren Zeitraum urteilen lässt. Eine bedeutende Änderung ist die Einführung der eigenverantwortlichen Schule. Mit der Einführung der „eigenverantwortlichen“ oder „selbstständigen“ Schule sollen Schulen für die Ergebnisse des Unterrichts stärker als bisher die Verantwortung tragen; dies soll zu deutlich besseren Schulergebnissen beitragen. Eigenverantwortung

der Schulen heißt jedoch nicht Eigenleben ohne Kontrolle; das Land trägt weiter die Verantwortung für den Unterricht insgesamt und für die Bereitstellung des Lehrpersonals; der Schulträger ist für die sächliche Ausstattung zuständig.

### Kommunalisierung der Lehrer

Die Zusammenarbeit im Schulwesen mit staatlicher Verantwortung (insbesondere für den Unterricht und das Lehrpersonal) und kommunaler Verantwortung (vor allem für die Schulgebäude, für Schulsekretärinnen und Hausmeister) in ihrer spezifischen landesrechtlichen Ausprägung ist eine Besonderheit des deutschen Schulsystems. In anderer Form

\* Meinhard Abel, Beigeordneter beim Nds. Städte- und Gemeindebund, Hannover, Telefon (0511) 30 285-0, [abel@nsgb.de](mailto:abel@nsgb.de), [www.nsgb.de](http://www.nsgb.de)

gibt es sie aber auch in vielen anderen Ländern. Eine ausschließlich „kommunale“ Verantwortung für das gesamte Schulwesen gibt es wohl nirgendwo; sie wird auch von den Befürwortern einer Kommunalisierung der Lehrer nicht gefordert. Es mehreren sich allerdings – mit unterschiedlicher Begründung – die Stimmen, die die Personalverantwortung für die Lehrkräfte den Kommunen übertragen wollen.

Eine wesentliche Begründung, die immer wieder für die Übertragung der Lehrkräfte vom Land auf die Kommunen genannt wird, ist folgende: die Aufgabenerledigung „aus einer Hand“ sei effektiver und die Konflikte zwischen Land, Schule und Schulträger würden reduziert. Dabei wird übersehen, dass eine Kommunalisierung der Lehrer die Konflikte nur auf eine andere Ebene verschiebt, sie aber nicht löst. Die Schule muss – wenn man die Eigenverantwortung wirklich will – weiterhin einen großen Frei- raum erwarten dürfen und auch der Konflikt z. B. über die Arbeitszeiten, den Aufgabenumfang und die Bezahlung von Schulsekretärinnen wird mit einer Kommunalisierung von Lehrkräften in keiner Weise gelöst. Alle klassischen Streitpunkte zwischen Land, Schule und Schulträger bestehen auch bei einer Kommunalisierung von Lehrkräften unverändert fort. Möglicherweise werden sie sogar zunehmen. Denn wenn Lehrer bei den Kommunen angestellt werden, werden auch die politischen Gremien der Kommunen eine wichtige Rolle spielen. Dann hängt die Zukunft der Schule von wechselnden politischen Mehrheiten ab. Es entstehen viele neue Konflikte, die derzeit nicht vorhersehbar sind.

### Teure Personalverwaltung

Völlig aus dem Blick gerät bei der Diskussion, dass auch bei einer Kommunalisierung von Lehrkräften das Land weiterhin in der Verantwortung bleibt. Wenn – was niemand ernsthaft in Frage stellt – das Land den Unterrichtsinhalt vorgibt, bleibt bei einer Kommunalisierung der Lehrkräfte den Kommunen nur die Aufgabe, die Personalakten zu verwalten. Dass die Kommunen in der Lage sind, Personal zu verwalten, dürfte außer Frage stehen; kritisch zu hinterfragen ist aber, welche Mehrkosten durch eine dezentrale – man kann auch sagen: zersplitterte – Personalverwaltung entstehen würden. Wenn – so wäre es in Niedersachsen – eine zentrale Schulverwaltung mit wenigen Außenstellen in etwa 500 Ämtern aufgespalten werden müsste, ist mit erheblichem finanziellen und organisatorischen Mehraufwand zu rechnen. Die Verwaltung einer großen Zahl von Lehrkräften – in Niedersachsen sind es mehr als 70 000 – mit einer ganz anderen Aufgabenstellung, mit anderen Arbeitszeiten und anderen Arbeitsbedingungen als das übrige kommunale Personal kann mit der vorhandenen Personalverwaltung der Kommunen nicht bewältigt werden. Neueinstellungen wären zwingend erforderlich; gleichzeitig stellt sich die Frage nach der Zukunft des Landespersonals, das bisher für die Personalbearbeitung verantwortlich war und dann überflüssig wäre. Die Befürworter einer Kommunalisierung der Lehrkräfte haben die Frage zu beantworten, wie sie denn eine solche Reform kostenneutral bewerkstelligen wollen und ob der hohe Mehraufwand den behaupteten Qualitätsgewinn rechtfertigt.

### Finnland als Vorbild?

Wenn es um die Kommunalisierung der Lehrer geht, wird immer wieder auf Modelle anderer Länder verwiesen. Auch Finnland wird dann gerne genannt. Das Erfolgskonzept der Finnen liegt jedoch nicht in einer Kommunalisierung von Lehrern begründet. Der finnische Erfolg hat ganz andere Ursachen: Finnische Eltern haben Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Kleinstkinder in unmittelbarer Wohnnähe; jedes Kind zwischen 7 und 16 besucht eine Schule, die kostenfrei und ganztätig ist. Die Schüler-Lehrer-Relation ist besser, das Mittagessen ist kostenfrei und obligatorisch, die Schulen sind gut mit Sonderpädagogen ausgestattet, schwächere Schüler werden individuell gefördert. Immerhin 60 % der finnischen Schüler verlassen die Schule mit Abitur. 8 % des Bruttoinlandsprodukts wird in Finnland für die Bildung ausgegeben – in Deutschland sind es 4 %. Der Ausländeranteil liegt in Finnland nur bei etwa 1 %. Von Finnland lernen heißt: kritisch die gesamten Bildungsstrukturen zu hinterfragen bis hin zu der Frage, ob das Lehrpersonal, wie es in Deutschland eine lange Tradition hat, verbeamtet sein muss.

### Schieflage in der Unterrichtsversorgung

Auch wer sich aus der Übernahme der Lehrkräfte in den Kommunalhaushalt Vorteile für seine eigenen Schulen erhofft, wird im Rahmen einer Gesamtbetrachtung und seiner Verantwortung für den gesamten Staat und die gesamte Gesellschaft berücksichtigen müssen, welche Nachteile sich bei anderen Schulträgern und damit insgesamt für das Bildungssystem ergeben kön-

nen. Nur bei Abwägen aller Vor- und Nachteile für unsere Gesellschaft insgesamt lässt sich eine Entscheidung über die Kommunalisierung von Lehrpersonal treffen.

Wenn Lehrkräfte bei den Kommunen angestellt wären, lässt dies eine Vielzahl negativer Folgen befürchten, für deren Bewältigung die Befürworter der Kommunalisierung bisher keine Antwort gefunden haben, die aber für ein Flächenland wie Deutschland von grundlegender Bedeutung sind. Wie soll sichergestellt werden, dass in allen Landesteilen – und damit nicht nur in den Hochschulorten und den großen Städten – ein ausgeglichenes Unterrichtsangebot gesichert wird? Wie sollen die Unterschiede zwischen „armen“ und „reichen“ Kommunen ausgeglichen werden? Wie soll sichergestellt werden, dass der benachteiligte ländliche Raum nicht zum Verlierer einer Reform würde? Wie soll verhindert werden, dass die Bildungsstandards in den einzelnen Kommunen auseinanderfallen? Wie soll die Schere zwischen Überversorgung in großen Städten und Mangel in der Fläche geschlossen werden? Eine grundlegende Beantwortung dieser Fragen ist dringend erforderlich, wenn man die Kommunalisierung von Lehrkräften verantwortungsbewusst einführen will.

### **Ländlicher Raum als Verlierer einer Kommunalisierung**

Bereits jetzt gibt es große Probleme, Lehrerstellen in ländlichen Gebieten zu besetzen. Dieses Problem kann sich wegen der anstehenden Pensionierungswellen erheblich verschärfen. Seit langem ist das gymnasiale Angebot abseits der großen Städte unzureichend. Es fehlt an Schulen und an Lehrpersonal. Die Orte in der

Fläche sind zwar attraktiv, lebenswert und bieten eine hohe Lebensqualität, aber die ausgebildeten Lehrkräfte suchen aus verschiedenen Gründen häufig ihre erste Anstellung in der Nähe ihres Studienortes. Diese verständliche einseitige Orientierung würde sich durch eine Kommunalisierung der Lehrkräfte erheblich verschärfen. Hier können allein die Länder für den notwendigen Ausgleich sorgen. Und dieser Ausgleich ist nur zu bewerkstelligen, wenn die Länder wie bisher die Gesamtverantwortung für alle Lehrkräfte tragen.

### **Landesweite Planung erforderlich**

Die Sicherung der Schulversorgung im ländlichen Raum ist aber nicht das einzige zu lösende Problem. Die Folgen des demografischen Wandels werden – auch außerhalb des ländlichen Raums – zunehmend spürbar. Während in vielen Teilen unserer Bundesländer die Bevölkerungs- und die Schülerzahlen deutlich zurückgehen, wachsen sie in anderen Landesteilen erheblich. Schülerzahlen verändern sich fortlaufend, strukturelle Veränderungen fordern immer wieder ihren Tribut. So mussten im Zuge der Abschaffung der Orientierungsstufe in Niedersachsen nicht weniger als 12 000 Lehrkräfte versetzt werden. Es ist gar nicht vorstellbar, welcher Wirrwarr entstanden wäre, wenn die notwendigen Personalmaßnahmen nicht durch eine zentrale Schulbehörde, sondern durch bis zu 500 Schulträger hätten umgesetzt werden müssen.

Immer wieder wird die Frage nach der Zukunft der Hauptschule gestellt. Die Diskussion um die Frage der Zulassung von Gesamtschulen ist ebenfalls nicht beendet. Jede strukturelle Änderung erfordert eine Vielzahl von

personellen Veränderungen, die weit über den Bereich eines Schulträgers hinausreichen. Und sie erfordern deshalb eine landesweite Planung, die selbstverständlich die örtlichen Probleme und Wünsche soweit wie möglich berücksichtigen sollte. Mehr denn je wird es in der Zukunft erforderlich sein, dass personelle Entscheidungen von einer neutralen Behörde getroffen werden, die nicht mit dem Schulträger identisch ist. Es muss in der Gesamtverantwortung der Länder liegen, flexibel auf die Herausforderungen der extrem schwankenden Schülerzahlen zu reagieren. Die Kommunalisierung der Lehrer wäre ein Programm zur Stärkung großer Standorte zu Lasten des kreisangehörigen Raums. Die bereits jetzt bestehende Ungleichheit – abzulesen z. B. an dem Anteil der Gymnasiasten in den einzelnen Regionen – würde sich erheblich verschärfen.

### **Qualität im bestehenden System weiterentwickeln**

Das Fazit kann daher nur lauten: Bildungsreformen sind dringend notwendig, aber sie sollten das im Grunde bewährte System einer gemeinsamen Verantwortung von Staat und Kommunen nicht in Frage stellen. Die vielen kleinen Streiffragen um die Abgrenzung der Aufgabebereiche sind bei etwas gutem Willen im bestehenden System lösbar. Oder, anders ausgedrückt: Die kleinen Mängel in der Zusammenarbeit von Schulträger, Schule und Land dürfen nicht dazu verführen, mit einem Systemwechsel eine Vielzahl neuer Probleme zu schaffen. Der Fokus sollte auf eine Qualitätsentwicklung im bestehenden System gelegt werden, nicht auf eine neue Organisationsdebatte. ■



## Landlehrer/-innen in Sicht?

Martin Bär\*

**Jahrelang stand die Bildungspolitik in Brandenburg unter dem Vorzeichen des Lehrkräfteüberhangs. Weil die ersten Landesregierungen beschlossen hatten, die überschüssigen Lehrerinnen und Lehrer nicht zu kündigen, sondern Sozialtarifverträge mit einer zwangsweisen Stundenreduktion auszuhandeln, war Brandenburg immer gut mit Lehrkräften versorgt und musste sich keine Sorgen um den Lehrkräftenachwuchs machen. Inzwischen hat sich die Situation im Land verändert.**

Nun sind die Überhänge abgebaut. Das Resultat ist eine sehr enge Personaldecke, ein Altersdurchschnitt von 54 Lebensjahren, ein hoher Krankenstand und hohe Einstellungszahlen, die in den nächsten Schuljahren vor der Tür stehen. Zu dieser Problemlage kommt hinzu, dass Brandenburg durch Berlin in der Mitte einen sehr attraktiven Speckgürtel besitzt, jedoch in den Randlagen mit ausgedünnten (peripherisierten) Regionen zu kämpfen hat, in die die Vermittlung von Lehrkräften nicht einfach ist. Schieden in den letzten Jahren in diesen peripherisierten Regionen Lehrkräfte aus, wurden andere in einer Art Lehrkräftekarussell aus anderen Regionen dorthin versetzt oder abgeordnet. Kaum eine Junglehrkraft entschied sich bewusst für die Schulen in den ländlichen Regionen. Referendarinnen und Referendare sind in diesen Regionen nicht vorhanden, da die drei Studienseminarstandorte des Landes in den größeren Städten Potsdam und Cottbus liegen oder berlinnah in Bernau.

### Gute Schulen ziehen Arbeitskräfte in die Region

Durch den hohen Bedarf an Lehrkräften resultiert bereits jetzt eine Konkurrenzsituation unter den Bundesländern, die sich noch verschärfen wird. Es hängt von vielen Faktoren ab, wo neue Lehrkräfte hingehen: der Art der Anstellung, der Höhe der Bezahlung (die liegt für Berufseinsteiger/-innen andernorts bis zu 500 € höher als in Brandenburg), den Arbeitsbedingungen (Stundendeputat, Aufstiegschancen, Fortbildungsmöglichkeiten u. a.) oder auch von weichen Standortfaktoren. Umgekehrt hängt die Attraktivität ländlicher Regionen im berlinfernen Raum auch für Wirtschaftsunternehmen in hohem Maße von einem guten Schulanangebot vor Ort ab. Auch gute Arbeitskräfte gehen dorthin, wo es für ihre Kinder gute Schulen mit motiviertem Lehrpersonal gibt. Aus unserer Sicht beziehen gerade die berlinfernen Kommunen einen

Teil ihrer Bindekraft für Familien und Unternehmen aus dem schulischen Angebot vor Ort. Deshalb ist es wichtig, dass motivierte und sich mit der Region (langfristig) identifizierende Lehrkräfte eingestellt werden können.

Aufgrund dieser Analyse stellten sich für uns als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag die folgenden Fragen: Wie können wir in peripherisierte Regionen – also in Regionen, die eine Abkopplung der sozial-räumlichen Entwicklungen erfahren – die Versorgung mit Lehrkräften aufrecht erhalten? Wie können die Arbeitsbedingungen und das soziale Umfeld so attraktiv gestaltet werden, dass Lehrkräfte bereit sind, dort zu arbeiten? Wie können wir in Zukunft den Bedarf an Lehrkräften für das gesamte Land Brandenburg decken?

Diese Fragen haben wir durch eine Studie des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner (IRS) beleuchten lassen. Im Rahmen dieser Studie wurden Lehramtsstudierende und -kandidat/-innen sowie Schulleiter/-innen, Schulrät/-innen und Dezernent/-innen befragt. Die zentralen Ergebnisse sind unter dem Titel „Möglichkeiten für eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften in Schulen peripherisierter Regionen Brandenburgs“ veröffentlicht. Sie umfassen einen Katalog von Maßnahmen, die von den unterschiedlichen Akteuren – dem Land Brandenburg als Arbeitgeber, der Schule als direktem Arbeitsplatz und den Kommunen als Schulträger – umgesetzt werden können, und durch die die Attraktivität der Arbeitsbedingungen erhöht werden kann. Somit können neue Lehrkräfte gewonnen und gehalten werden.

Zur Umsetzung werden weiche Maßnahmen, wie eine Willkommenskultur in Schule und Kommune, die Profilschärfung von Schulen, die Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche für die/den Partner/-in und der Aufbau von lokalen Bildungslandschaften genannt.

\* Martin Bär, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag, Referent für Bildung, Jugend und Sport, Potsdam, Tel. (0331) 966 17 20, [Martin.Baer@Gruene-Fraktion.Brandenburg.de](mailto:Martin.Baer@Gruene-Fraktion.Brandenburg.de), [www.gruene-fraktion.brandenburg.de](http://www.gruene-fraktion.brandenburg.de)

Benannt werden aber auch Maßnahmen, die Gesetzesänderungen oder finanzielle Anstrengungen bedeuten, wie ein Stipendienprogramm, Anrechnungsstunden für neue Landlehrer/-innen oder die Verbesserung von Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrkräfte.

Am Ende der Studie wird ein Modellprojekt empfohlen. Ziel dieses Modellprojektes soll es sein, auf Basis der Vernetzung regionaler Akteurinnen und Akteure, gemeinsam Maßnahmen und Strategien der Lehrkräftegewinnung sowie der mittel- bis langfristigen Personal- und Schulentwicklung in den Kommunen zu entwickeln. Die im Gutachten aufgezeigten Möglichkeiten bilden dafür eine Grundlage. Erfahrungen mit dem ähnlich ausgerichteten Modellprojekt „Lokale Bildungslandschaften“ sollten für das neue Projekt ausgewertet und genutzt werden. Hier sind in den Kommunen alle gefragt, die Beiträge für eine erfolgreiche Lehrkräftegewinnung im ländlichen Raum leisten können. Somit soll erreicht werden, dass trotz der hohen bundesweiten Nachfrage mehr Lehrerinnen und Lehrer für eine Anstellung an ländlichen Schulen in Brandenburg gewonnen werden.

### Ausgewählte Ergebnisse in Kurzform

Dem Land werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Ausbau und finanzielle Untersetzung der gesetzlich vorgesehenen Aufstiegsmöglichkeiten für Beamte.
- Mehr Planungssicherheit durch Vorverträge oder zügigere Vertragsschließungen und Zusicherung einer langfristigen Perspektive vor Ort (keine Versetzung).
- Mehr Selbstständigkeit für die Schulen und bessere Beteiligung an der Personalauswahl.
- Zusätzliche Anrechnungsstunden für Lehrkräfte in ländlichen Regionen.



Foto: contrastwerkstatt - Fotolia.com

- Dezentralere Seminarstandorte, dadurch Erleichterung des Referendariates im ländlichen Raum.
- Bindung von Lehramtsstudierenden durch Stipendien mit anschließender Lehrverpflichtung in der Region.

**Einzelnen Schulen als potenziellen Arbeitsorten macht die Studie folgende Vorschläge:**

- Mehr Attraktivität durch klares Profil (z. B. musikalisch, mathematisch, sportlich).
- Mentoring- oder Coachingprogramm für Referendar/-innen.
- Willkommenskultur, guten kollegialen Austausch und Mitgestaltungsmöglichkeiten für die neuen jungen Lehrkräfte.
- Attraktivität durch lebendige kommunale Bildungslandschaften.

**Die Kommune als Schulträger und möglicher Wohnort könnte folgende Maßnahmen erwägen:**

- Willkommenskultur, Einbeziehung der Lehrkräfte ins gesellschaftliche Leben.
- Gute Ausstattung der Schule.
- Hilfe bei der Wohnungssuche, Bereitstellung günstiger Wohnimmobilien.
- Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche für den/die Partner/-in.
- Familienfreundlichkeit: Unterstützung bei Kinderbetreuung und Schulanmeldung.

Eine Vernetzung der Akteure soll eine kooperative Schulentwicklungsplanung zwischen Land, Kommunen und Schulen anregen. Bedarfe können so frühzeitig erkannt und die Sicherung eines langfristig gesicherten fachgerechten Unterrichts erreicht werden. ■